

§ 14
**Aufklärungspflicht bei Übergabe eines Kindes
in Pflege**

Wer ein geschlechtskrankes Kind in Pflege gibt, hat zuvor den Pflegeeltern von dessen Geschlechtskrankheit oder von einem ärztlich festgestellten Verdacht auf eine solche Krankheit Kenntnis zu geben. Dies gilt auch für ein Kind, das an einer Syphilis erkrankt war oder wegen Syphilisverdacht vorbeugend behandelt wurde.

§ 15
Verbot des Spendens von Blut

Wer an einer Geschlechtskrankheit leidet oder an Syphilis gelitten hat, darf kein Blut spenden.

§ 16
Pflicht zur Belehrung

Der berechtigte Arzt hat den Patienten bei Krankheitsverdacht, bei Aufnahme der Behandlung und nach Beseitigung der Infektiosität über sein Verhalten zu belehren und ein Merkblatt auszuhändigen. Die Belehrung und Aushändigung des Merkblattes sind vom Patienten schriftlich zu bestätigen.

§ 17
Meldepflicht

(1) Ärzte, Zahnärzte und Hebammen haben innerhalb von 48 Stunden dem Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen,

- a) Geschlechtskranke oder krankheitsverdächtige Personen,
- b) Personen, die Geschlechtskranke oder Krankheitsverdächtige angesteckt haben oder die von Geschlechtskranken oder Krankheitsverdächtigen angesteckt sein können,
- c) Schwangere, die an Syphilis erkrankt sind oder waren,
- d) neugeborene Kinder einer an Syphilis erkrankten oder erkrankt gewesenen Frau

unter Deckbezeichnung ohne Namensnennung zu melden.

(2) Die Frist gemäß Abs. 1 beginnt im Falle der Buchstaben a bis c mit der Feststellung einer Geschlechtskrankheit oder eines Krankheitsverdacht, im Falle des Buchst. d mit der Geburt.

§ 18
Namentliche Meldung

(1) Namentlich zu melden ist ein Geschlechtskranker oder Krankheitsverdächtiger, der

- a) sich trotz der Verpflichtung ärztlich nicht untersuchen oder behandeln läßt oder sich nicht der Untersuchung bzw. Behandlung bis zum Abschluß unterzieht,
- b) bei Beginn der Untersuchung oder Behandlung nicht angibt, von welchem Arzt er zuvor untersucht oder behandelt worden ist,
- c) den ärztlichen Anordnungen hinsichtlich der Untersuchung und Behandlung, der Überweisung durch eine zur Untersuchung oder Behandlung nicht berechtigte Person zu einem berechtigten Arzt oder der ärztlichen Überweisung zur stationären Behandlung nicht Folge leistet,
- d) sich entgegen dem Verbot des Geschlechtsverkehrs oder geschlechtsverkehrsähnlichen Handlungen nicht enthält,

- e) erforderliche Auskünfte über die Ansteckungsmöglichkeiten dem berechtigten Arzt nicht gibt oder vom Arzt zur Untersuchung nicht aufgefordert werden kann,
- f) entgegen dem Verbot Blut spendet,
- g) durch die berufliche Tätigkeit eine erhöhte Ansteckungsgefahr bietet,
- h) als dringend krankheitsverdächtig gilt.

(2) Wenn mehrfache Meldungen auf einen dringend Krankheitsverdächtigen schließen lassen, so kann der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, eine namentliche Meldung verlangen.

(3) Der eine Schwangerschaft feststellende Arzt hat eine Schwangere, wenn sie sich nicht gemäß § 11 vorbeugend untersuchen und behandeln läßt, namentlich zu melden. Desgleichen hat der Geburtshilfe leistende Arzt oder die Hebamme ein Neugeborenes namentlich zu melden, wenn der Sorgeberechtigte die vorbeugende ärztliche Behandlung eines Neugeborenen gemäß § 12 nicht vornehmen läßt.

§ 19
Überweisung zur stationären Behandlung

(1) Ein Kranker oder Krankheitsverdächtiger ist vom Arzt zur stationären Untersuchung oder Behandlung in ein Krankenhaus zu überweisen, wenn dies zur Feststellung oder Behandlung einer Geschlechtskrankheit oder wegen der Gefahr ihrer Weiterverbreitung erforderlich ist.

(2) Bei folgenden Krankheitserschednungen durch die Erreger der Syphilis bzw. des Trippers

- a) Säuglingssyphilis,
- b) Vulvovaginitis gonorrhoea infantum,
- c) Ophthalmo-Blenorrhoe

ist der Arzt verpflichtet, die Überweisung zur stationären Behandlung vorzunehmen. Der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, kann auf ärztlichen Antrag hiervon Befreiung bewilligen.

§ 20
Anordnung der Untersuchung und Behandlung

(1) Der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, kann die Untersuchung oder Behandlung in einer bestimmten Behandlungsstelle oder den Nachweis der Untersuchung oder der Behandlung durch einen vom Patienten zu wählenden berechtigten Arzt befristet verlangen, wenn der Geschlechtskranker oder Krankheitsverdächtige

- a) eine erforderliche ärztliche Anweisung nicht befolgt,
- b) sich der ärztlichen Untersuchung, Behandlung oder Nachuntersuchung entzieht,
- c) entgegen dem Verbot Geschlechtsverkehr oder geschlechtsverkehrsähnliche Handlungen mit anderen Personen ausübt,
- d) der Überweisung in ein Krankenhaus nicht Folge leistet.

(2) Wer sich der angeordneten Untersuchung oder Behandlung entzieht, kann vom Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, zu stationärer Untersuchung oder Behandlung untergebracht werden.

(3) Wird dieser Maßnahme nicht nachgekommen, so kann durch den Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, die Unterbringung in einer geschlossenen Abteilung für Geschlechtskranke verfügt werden.